



Vorlage an den Grossen Gemeinderat vom 23. Dezember 2003 Nr. 4152

Interpellation

**Interpellation Walo Möri-Sommer: Zeitplan für Überarbeitung der Schulordnung;
schriftlich**

Walo Möri-Sommer und 16 mitunterzeichnende Mitglieder des Grossen Gemeinderates haben am 23. September 2003 eine Interpellation "Zeitplan für Überarbeitung der Schulordnung" eingereicht (vgl. Beilage).

Der Stadtrat beantwortet die Interpellation schriftlich wie folgt:

1 Die aktuelle Schulbehördenorganisation (SBO) von 1995 brachte nebst einer Verkleinerung des Schulrates eine Verlagerung bisheriger Schulratsaufgaben in der Betriebsführung der Schulen auf die Schulverwaltung bzw. die Schulleitungen. Auf Grund der gesetzlichen Vorgaben hielt aber die Schulbehördenorganisation 1995 am dualen Führungsmodell mit Stadtrat und Schulrat fest. Sie konnte damit Überschneidungen von Aufgaben und Kompetenzen in der Personal- und Betriebsführung nicht ausräumen. Das duale Führungsmodell führte so immer wieder zu Unstimmigkeiten und gab Anlass zu Diskussionen zwischen Stadtrat, Schulrat und Schulverwaltung. Mit verschiedenen Optimierungen der Schulbehördenorganisation zur Kompetenzabgrenzung zwischen Schulrat und Schulverwaltung, welche ihren Niederschlag in ausführenden Reglementen und Weisungen fanden, konnten die dem dualen Führungsmodell immanenten Konfliktpotenziale zwar geglättet, nicht aber ausgeräumt werden.

2 Mit dem Erlass des VII. Nachtrages zum Volksschulgesetz (VSG), den der Kantonsrat am 24. November 2003 beschloss, sind die vom Stadtrat gewünschten Gesetzesänderungen zur Überwindung des dualen Führungsmodelles geschaffen. Im Gegensatz zur bisherigen Regelung, die zwingend einen Schulrat vorsah, welcher die unmittelbare Führung der Schulen wahrzunehmen hatte, bestimmt neu die Gemeindeordnung, ob ein Schulrat eingesetzt werden soll. Ist dies der Fall, legt entweder die Gemeindeordnung oder die Schulord-



nung fest, welche Aufgaben der Schulrat nach der Gesetzgebung über die Volksschule zu erfüllen hat.

Mit dem Erlass des VII. Nachtragsgesetzes zum Volksschulgesetz ergeben sich mit Blick auf die neue Schulbehördenorganisation zwei Folgerungen, nämlich dass die Arbeit zur neuen Schulbehördenorganisation sofort aufgenommen werden kann, und dass die bisherigen gesetzlichen Einschränkungen zur Organisationsform gefallen sind. Was die Aufnahme der Projektarbeit betrifft, wird eine Projektgruppe ihre Tätigkeit anfangs 2004 aufnehmen. In der Projektgruppe soll der Schulrat mit zwei Mitgliedern vertreten sein. Zudem soll die neue Leitung Schulamt, die in den nächsten Wochen gewählt werden wird, in die Projektarbeit einbezogen werden. Bezüglich des Modells wird sich die Projektgruppe mit den Ergebnissen bisheriger Analysen und Modellentwicklungen zur Schulbehördenorganisation auseinandersetzen und diese vor dem Hintergrund der neuen gesetzlichen Rahmenbedingungen weiterentwickeln. Es ist zum jetzigen Zeitpunkt verfrüht, bereits Aussagen über ein vom Stadtrat favorisiertes Modell zu machen.

Der Stadtpräsident:
Christen

Im Namen des Stadtrates
Der Stadtschreiber:
Linke

Beilage:
Interpellation

